



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

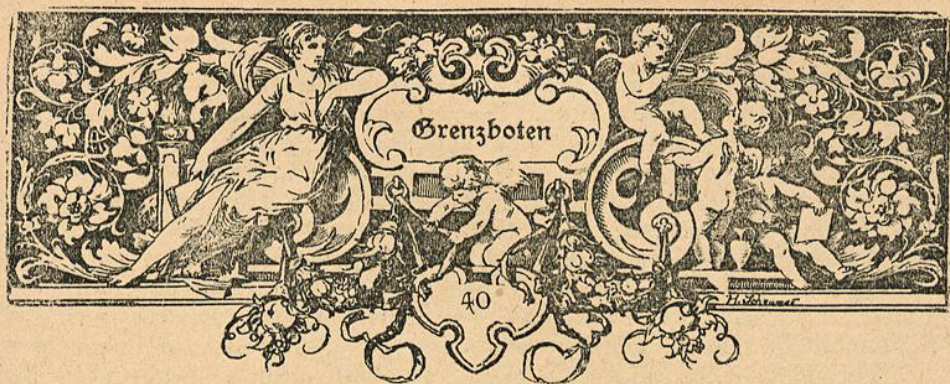
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wüntschke: Der Sieg des Imperialismus

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Sieg des Imperialismus

Von Dr. Wütschke



nach dem Wortlaut des Friedensvertrages vom 28. Juni soll die Welt nun befreit aufatmen können. Ist ihr doch ein Frieden beschieden, der „die Verletzungen der Gerechtigkeit und des Völkerrechtes rächen soll“ und der „als ein wahrer Frieden der Gerechtigkeit“ allen Völkern Europas die politischen Grundlagen ihrer Freiheit sichern soll. Aber bei näherem Zusehen entpuppt sich doch dieses Geschenk der Entente an die nach Frieden lechzende Welt als eine seltsame Mißgeburt, als ein Geschöpf mit der Palme in der einen Hand und der flammenden Kriegsfackel in der anderen. „Völkerbund“ nennt man das eine Mittel, unter dem die Welt für alle Zeit vor grausamen Selbstzerfleischungen bewahrt werden soll, Gewalt heißt das andere, mit dem die Entente nunmehr der Welt gebietet; zwei Dinge, die sich praktisch nicht gut vereinen lassen. Das hatte man wohl auch gefühlt, als man im amerikanischen Senat auf eine Loslösung des Völkerbundesvertrages von dem eigentlichen Friedensvertrag drängte. Daß sie nicht möglich war, beweist, daß die Kraft der Gewalt stärker ist als die Kraft des alle Völker einigenden Bundes, daß die Idee der Weltversöhnung, durch den Völkerbund verkörpert, eine Unmöglichkeit ist, solange noch die reine Gewalt über Völker ihre Geißel schwingt. Alle Völkerbundsgebanten, die dem Friedensvertrage eingewebt oder angehängt sind, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nur zur wohlstandigen Umkleidung und Verbrämung des nackten Gewaltimperialismus dienen sollen, der aus jeder Zeile des Vertrages spricht. Er enthält nicht Vorschläge, nach denen der Frieden der Welt sich gestalten kann, sondern nur Vorschläge, wie der Machtthuner der Diktierenden befriedigt werden kann. Er scheint nicht am Ende einer Geschichtsperiode zu stehen, die den Krieg der Völker aus der Welt schaffen und an seine Stelle den allmählich die Welt versöhnenden Völkerbund setzen soll, sondern am Anfang einer Zeit, in der rohe Gewalt über jede freiere Regung der Schwachen triumphieren will. Die Weltmächte sehen das Heil der Welt in einer Gewaltherrschaft, in einem Gewaltimperialismus, der auf seiten Englands ausgesprochen wirtschaftlichen Erwägungen entspricht, während er in Frankreich das Gesicht eines nach möglichst großer politischer Macht drängenden Imperialismus trägt. Der amerikanische aber gründet sich

auf die Dollarherrschaft, von der sowohl die wirtschaftlichen wie politischen Kräfte der Union abhängig sind. Der japanische endlich hat ein eigenes Gesicht; sein Wirkungskreis greift nicht nach Europa über.

Nie hat der Imperialismus, verkörpert in den Machtzielen der vier heute allein noch bestehenden Großmächte, einen größeren Sieg erfochten. Oder sollte der ungeheure imperialistische Rausch, in den heute die Entente, vor allem Frankreich, verfallen ist, ein letztes Zusammenraffen der Kräfte sein, ehe die Welt in ein neues Zeitalter eintritt, das am Ende des imperialistischen anhebt? Die weltpolitische Tatsache des Vertrages ist die: die Idee des Völkerbundes ist kläglich zusammengebrochen, der Imperialismus triumphiert.

Der englische Imperialismus stellt die wirtschaftliche Tendenz in den Vordergrund. In einem sich selbst genügenden Weltreich, dem größten, das je die Erde gesehen hat, das alle seine Nahrungsmittel und Rohstoffe, alle seine Lebensbedürfnisse selbst erzeugt und das in seinen Gliedteilen gleichzeitig die Hauptabnahmämärkte seiner Industrieerzeugnisse besitzt, sieht der Engländer die dauernde Behauptung und Stärkung seiner Macht. Dieser wirtschaftliche Kern des Imperialismus ist die Staatsidee, die jeden einzelnen Staatsbürger beherrscht und beseelt und die noch weit vor allen internationalen Ideen, auch vor der sozialistischen, steht. Mag der englische Arbeiter noch so sehr die augenblickliche Vergewaltigung Deutschlands und Österreichs bekämpfen, immer bekämpfen wird er jeden, der sich erhebt, in Englands weltwirtschaftliche Kreise einzubringen und sie zu stören. In der deutschen, den ganzen Erdball umfassenden Arbeitskraft glaubte jeder Engländer die Macht zu sehen, die sich mühte, dem englischen wirtschaftlichen Imperialismus die Spitze zu bieten. Das Wort des Obersten Repington vom Jahre 1915: „Die Landesgrenzen des Reiches werden weiterhin dem Erdumfang gleichen; unser Volk hatte und hat den Eroberungswillen“ ist jedem Engländer aus dem Herzen gesprochen.

Englands wirtschaftlicher Imperialismus ist in seinen Wurzeln so alt wie die zur Zeit der Königin Elisabeth begründete Seemacht, mit der es sich die Grundlage seiner wirtschaftlichen Weltmacht, Indien, eroberte. Aber erst seit einem halben Jahrhundert ist England in den „bewußten“ Imperialismus eingetreten. Er wurde Ende des neunzehnten Jahrhunderts mit aller Schärfe und Folgerichtigkeit durch Chamberlain weiter ausgebaut, so daß man geradezu von einem Chamberlainismus gesprochen hat, der politisch die Kolonien zu den Lasten des Mutterlandes unter Bildung eines Reichsparlamentes heranziehen will, der wirtschaftlich das gesamte Reich durch eine Zollschranke abschließen, im Innern aber den Freihandel oder niederen Zwischenzollhandel begünstigen will.

Dieser Umwandlungsprozeß ist infolge gewisser Widerstände zwar noch nicht vollendet und es ist nach den Erschütterungen, die auch das britische Weltreich im Kriege erlitten hat, noch nicht abzusehen, wie die Entwicklung dieser imperialistischen Richtung sich gestalten wird. Zunächst scheint das politische Moment durch den Krieg zurückgetreten zu sein, das weltwirtschaftliche mit dem Ziel, möglichst viel Nahrungsmittel und Rohstoffe selbst zu erzeugen, scheint in den Vordergrund gerückt zu sein. Aber es ist wahrscheinlich, daß gerade der Krieg weitesten Kreisen Englands die Erkenntnis gebracht hat, daß der Bestand des Reiches nur durch eine Lösung der schwierigen innerpolitischen Fragen im Sinne Chamberlains gesichert werden kann.

Die Ergebnisse des Krieges beweisen, daß England in zähester Ausdauer und in unverrückbarer Zielsicherheit trotz aller Widerwärtigkeiten und Nachschläge während des Krieges seinen politischen und wirtschaftlich-imperialistischen Grundsatz streng befolgt hat.

Der britische Imperialismus hat im Bereich der alten Welt eine ungeheure Stärkung erfahren. Unter den europäischen Staaten hat er keinen Widersacher mehr. Nachdem Frankreich und Italien ihm nach Jahrhunderte altem Rezept als „Kontinentaldegen“ seinen lästigsten Nebenbuhler, das Deutsche Reich, zu Boden schlagen halfen und dabei selbst äußerst starke Kräfteverluste hatten, und nachdem Rußland in Trümmer sank, ist Europa in der Tat englischem Machtgebot mehr denn je unterworfen. Die „britische Umklammerung Europas“ tritt heute nach Kriegsschluß noch klarer in Erscheinung als im Kriege selbst (vgl. meinen Aufsatz Grenzboten 1918, Nr. 33), zumal die Ostseeläne Englands in den baltischen Provinzen jüngst eine neue Stärkung erfahren haben, Rußlands gegenrevolutionäre, von England unterstützte Bewegung immer noch zum Erfolge zu führen vermag, Konstantinopel und Kleinasien ganz englischem Einfluß zu verfallen scheinen und Calais' Schicksal noch nicht geklärt ist.

Nicht minder groß sind die Erfolge in Afrika und Asien. Niemals während des Krieges hat England seine afrikanische und asiatische Kriegsführung abhängig gemacht von seinen Mißerfolgen auf dem europäischen Kriegsschauplatz, weil es stets die große weltpolitische Leitlinie seiner Politik klar erkannte und zielbewußt verfolgte. Europa wird von England stets nur gewertet im Rahmen seiner Weltpolitik; England treibt niemals europäische Politik um ihrer selbst willen, sie ist immer nur ein Bestandteil der Weltpolitik, die ihren Angelpunkt nicht in London und in England hat, sondern in Afrika und Indien, wo es von Erfolg zu Erfolg schritt. Deshalb hintertreibt England nicht Deutschlands Zerstückelung durch Frankreich, weil es bei dem heutigen Zustande des festländischen Europa, auf dem es keine wirkliche Weltmacht mehr gibt, nicht das geringste Interesse an der europäischen Politik hat, solange sie nicht in Englands außereuropäische Kreise übergreift; deshalb auch die politische Umklammerung Europas, um dieses Übergreifen zu verhindern!

Es ist ein billiges Urteil zu sagen, daß die britischen Erfolge in Afrika und Asien dadurch bedingt wurden, weil uns nicht die Möglichkeit gegeben war, mit starken Gegenkräften aufzutreten. Ganz abgesehen davon, daß wir niemals imstande gewesen wären, Englands weltumspannenden Machtmitteln auch nur einigermaßen gleichwertige entgegenzusetzen, hätte England eher im Vertrauen auf seine natürliche Inselstellung auf weitere Kriegsteilnahme auf europäischem Boden verzichtet, als im überseeischen Gebiet seine Machtmittel nicht zum vollen Erfolg auszunützen. Standen doch hier Machtziele auf dem Spiel, deren Erreichung zur Durchführung seines Weltwirtschaftsprogrammes unerlässlich waren: nämlich die Lösung der weltverkehrspolitischen Aufgaben. Sie sind im Bereich der alten Welt zugunsten Englands entschieden, nachdem sie schon seit Jahrzehnten in den Gesichtskreis der britischen Politik getreten und beharrlich verfolgt waren, wie das Kap—Kairoprogramm, das Sicherheitsprogramm des Suezkanals, das syrisch-mesopotamisch-persische Problem.

Das britische Kap—Kairoprogramm ist jetzt restlos erfüllt worden, nachdem der letzte noch vorhandene Querriegel zwischen Rhodesia und Uganda — Deutsch-Ostafrika und Belgisch-Kongo — nunmehr beiseite geschoben ist. Die von England selbst zum Teil genährten Träume der Gründung eines deutsch-mittelafrikanischen Kolonialreiches vom Indischen Ozean bis Kamerun, dessen Verkehrsrückgrat mit der ostafrikanischen Mittellandbahn und der durchgehenden Verbindung auf der belgischen Lufugabahn und dem Kongo kurz vor dem Kriege vollendet war, sind zunichte geworden: Deutsch-Ostafrika ist britisch. Aber bezeichnend für die Zielsicherheit der britisch-imperialistischen Politik in

der Durchführung des britisch-ostafrikanischen Verkehrsproblems sind die gegenwärtigen Verhandlungen mit Belgien über die Abtretung eines Teils der ehemaligen deutschen Kolonie an den Kongostaat. Sie haben zum Ziel, Belgien wohl einen Teil Deutsch-Ostafrikas (vermutlich die nordwestlichen Ecklandschaften Ruanda und Urundi), das es miterkämpft hat, zu geben, wofür es aber im Austausch einen Teil des Kongostaates England überlassen soll. Es kann nicht zweifelhaft sein, um welchen Teil es sich handelt: Katanga, die erzeiche, schon von England vor dem Krieg ausgebeutete Südprowinz, die bereits mit dem britisch-südafrikanischen Schienennetz verknüpft war. Denn in unmittelbarem Anschluß an die Katangabahn vermittelt die Kongoschiffahrt stromab bis zur Lukugabahn, dann diese selbst die Verbindung mit dem Tanjanikassee. Berücksichtigt man, daß im Kriege angeblich auch die ostafrikanische Mittel-Landbahn mit der britischen Ugandabahn unter Zuhilfenahme des Viktoriassees verknüpft ist, so ist das englisch-ostafrikanische Verkehrsprogramm unter Mithilfe von Schiffsahrtstrecken bis auf ein kleines Reststück am oberen Nil durchgeführt. Der ostafrikanische Machtblock vom Kapland bis Ägypten ist zusammengeschweißt.

Das zweite für den Bestand des britischen Weltreiches lebensnotwendige weltverkehrspolitische Problem liegt in Vorderasien im Zuge des „nassen“ Indienweges durch den Suezkanal und des „trockenen“, des syrisch-mesopotamischen (Bagdadlinie) mit der Verlängerung durch Südpersien und den persischen Golf.

Auch hier darf England mit Kriegsschluß die Erfüllung seiner weltpolitischen Ziele als einen vollen Erfolg seiner zielsicheren Weltpolitik buchen. Es hat mit der Eroberung Syriens — mag Frankreich auch dort einen mageren Brocken erhalten — und Mesopotamiens nicht nur den wirksamsten Flankenschutz des Suezkanals gewonnen, sondern es hat auch die zweite europäisch-indische Kraftlinie vom Ostmittelmeergebilde aus fest in seine Hand bekommen. Die Festsetzung Englands in Kaukasien, besonders an Bakus Naphtaquellen, und in den Ölgebieten Südpersiens hat hier ein gewaltiges englisch-vorderasiatisches Machtbollwerk, das längst erstrebte „indische Glazis“ von Ägypten bis zum Kaukasus, vom Mittelmeer bis an Indiens Grenzen erstehen lassen. Neben dem Kap-Kairoprogramm ist das Kairo-Kalkuttaprogramm durchgeführt.

Neben dem außerordentlichen politischen Gewinn ist der Territorialzuwachs und vor allem die wirtschaftliche Stärkung Englands nicht gering zu veranschlagen. Mit dem endgültig gewonnenen Ägypten hat sich Englands Besitz um rund eine Million Quadratkilometer vermehrt, den gleichen Zuwachs hat es durch Deutsch-Ostafrika und abermals durch Deutsch-Südwestafrika und den Westen Kameruns erfahren, d. h. in Afrika allein rund drei Millionen Quadratkilometer. Stand ihm die wirtschaftliche Ausbeutung Ägyptens schon seit 1882 frei, so hat sein tropisches und subtropisches Produktionsland eine bedeutende Wertserhöhung in Ost- und Südafrika erhalten. Mesopotamien und Syrien brachten ihm weitere 500 000 Quadratkilometer ein, ein durch intensive Arbeit wirtschaftlich hohe Werte versprechendes Gebiet. Endlich hat es sich mit dem jüngsten Zuwachs in Persien, einem Gebiet von rund eineinhalb Millionen Quadratkilometern, die reichen Ölquellen gesichert, die es von amerikanischer Oleinfuhr unabhängig zu machen in der Lage sind. Alles in allem ergibt sich in ganz rohen Zahlenwerten ein Territorialzuwachs von rund fünf Millionen Quadratkilometern, d. h. gleich der halben Fläche Europas oder das Sechszehnfache des Mutterlandes. Wenn auch weite Gebiete des Neulandes wirtschaftlicher Werte entbehren, so ist doch die Stärkung der britischen Wirtschaftskraft

gerade durch Einverleibung des tropischen Kulturgebietes Deutsch-Ostafrikas und vor allem der reichen Ollager Südpersiens sehr wohl geeignet, die erstrebte wirtschaftliche Unabhängigkeit weiter auszubauen und damit dem wirtschafts-imperialistischen Grundsatz des sich selbst genügenden Wirtschaftsreiches zum Siege zu verhelfen.

Wie weit dieses gewaltige, um den Indischen Ozean sich schließende, ost-hemisphärische Weltreich Bestand für die Zukunft haben wird, hängt von der Zurückhaltung jener innen- und außenpolitischen Kräfte ab, die die Grundmauern des Weltbaues zu bedrohen scheinen. Schon hat die radikal-sozialistische Welle in England Boden gefaßt und greift auch hier in das Wirtschaftsleben und in die vorgesteckten Aufgaben der bisher befolgten britischen Weltpolitik, wie z. B. die Ereignisse in Nordrußland, in Armenien, in Ungarn beweisen, hemmend ein. Es ist nicht abzusehen, wie weit sich ihre Wirkung auf die Pläne erstrecken wird, die die bisherige imperialistisch gerichtete Politik des britischen Weltreiches zur Festigung des Reichsbestandes in Aussicht genommen hat. In den großen Tochterkolonien bieten gegenwärtig nicht nur die Eingeborenenfragen, besonders in Indien, aber auch in Ägypten und Südafrika, der britischen Regierung bedeutende Schwierigkeiten; sondern vor allem treten auch immer stärker die nach Autonomie drängenden Selbständigkeitsbewegungen der Dominions in den Vordergrund. Beide Bewegungen dürften in neue Bahnen gelenkt werden oder doch mindestens in verstärktem Maße an Kraft zunehmen, wenn erst die zahlreichen für England gebluteten Hilfsvölker heimgekehrt sein und auf ihre heimatlichen Volksgenossen aus den Erfahrungen des Krieges heraus auflärend gewirkt haben werden. Je fester die Konzentration der politischen Kräfte im Mutterland erfolgt, um so kräftiger werden auch die inneren Spannungen sich Freiheit erringen wollen.

Aber auch der außenpolitische Druck wird sich dann mehr denn je spürbar machen, der gegen die britische Weltmachtspolitik gerichtet ist und in Zukunft sich eher verstärken denn abschwächen wird. Japans Rührigkeit auf der Ostseite des britischen Weltmachtblockes, der usamerikanische Imperialismus auf der andern Seite, der sich bereits auf europäischem und afrikanischem Boden festgesetzt hat, sind — abgesehen von den Ansprüchen Frankreichs und der anderen Kampfgenossen im naßen Orient — Tatsachen, die Englands Weltpolitik stark beeinflussen müssen. Dazu tritt die große Geldabhängigkeit Englands von der Union und deren überaus schneller wirtschaftlicher Aufstieg, den man in England mit Sorgen verfolgt. Nimmt man noch hinzu, daß auch die russische Frage völlig ungeklärt und es noch nicht abzusehen ist, wie stark ihre Einwirkung auf die asiatischen, in Sonderheit auf die indischen Verhältnisse sich gestalten wird, so erkennt man in großer Linie die Gefahren, denen die britische Weltpolitik zu begegnen hat, will sie auf ihrer bisher beschrittenen Bahn ihr Ziel erreichen: die Begründung eines sich wirtschaftlich selbstbefriedigenden Weltreiches, das politisch die Stellung als erste Weltmacht zu behaupten bestrebt ist. — Zunächst aber triumphiert noch der britische Imperialismus über allem!

Ist der Weltkrieg im Bereich der alten Welt durchaus zugunsten Englands entschieden, so hat Frankreich erheblich geringere Erfolge zu verzeichnen. Die französische Politik hat nicht weitumspannende Weltprobleme im Auge, sondern scheint wieder völlig auf europäische Kontinentalpolitik eingestellt zu sein. Zwar hat Frankreich auch in Afrika einen erheblichen Zuwachs seines großen Kolonialreiches durch Togo und Teile von Kamerun erhalten; aber die großzügige Kolonialpolitik, der es seit 1875 seine Kräfte widmete, scheint gänzlich von dem reinsten Machtimperialismus, geboren aus Rachsucht und Eitelkeit, in

den Hintergrund gedrängt zu sein. Es kann überdies sehr zweifelhaft sein, ob Frankreich nach seinem gewaltigen Aberlaß an Menschen und Gut jemals imstande sein wird, die großen Aufgaben zu lösen, die ihm sein Riesenkolonialreich bietet. Mit seiner gegenwärtig sehr einseitigen Betonung des Machtimperialismus kommt es allerdings Englands Politik, vermutlich ungewollt, entgegen, indem es sich mit seiner engen kontinentalgerichteten Politik als britischen weltpolitischen Nebenbuhler, als der es in Afrika auftrat, selbst ausschaltet. Sein Afrikareich scheint ihm in erster Linie ein Menschenreservoir sein zu sollen, aus dem es bei dem Mangel an eigenen Kräften die Massen zieht, die ihm zur Befriedigung seiner politischen Machtträume in Europa notwendig erscheinen.

Hat England im Rahmen seiner Weltpolitik die Umklammerung Europas als ein weltpolitisches Ziel, nicht aber die unmittelbare Einwirkung auf den Gang der europäischen Festlandspolitik um ihrer selbst willen im Auge, so verengert die französische Politik den politisch umspannten und umklammerten Raum auf Mitteleuropa. Die Umschnürung des deutschen Reiches, seine Zerstückerung und wirtschaftliche, politische und militärische Ausschaltung ist das A und O der französischen „Weltpolitik“.

In Elsaß-Lothringen und den linksrheinischen Landen liegt die eine Zangenbacke, in Polen und den ehemals österreichischen Landen die zweite, mit denen es Deutschland zu zwingen hofft. Mit dem Raub Elsaß-Lothringens, den Frankreich mit gleicher Nichtachtung der geschichtlichen und geographischen Tatsachen ableugnen wird, wie es den Raub Ludwigs des Vierzehnten niemals eingestanden hat, glaubt französische „Revanche“ den höchsten Triumph zu feiern und seinem bestgehaßten Feinde den stärksten Schlag zu versetzen. Man verkennet völlig, daß politische Gewalt auf die Dauer wirtschaftliche Notwendigkeiten, wie sie sich aus der geographischen Einheit der Lande zwischen Wasgenwald und Schwarzwald ergeben, niemals unterdrücken kann; die gewaltsam getrennten Teile des mittelhheinischen Wirtschaftskörpers, mit deutschem Geist erbaut und erfüllt, drängen naturnotwendig nach der Wiedervereinigung. Wo bleibt hier der Geist des Völkerbundes?

Nicht wesentlich anders liegen die Dinge im Osten. Die Knebelung Deutsch-Österreichs geschieht nicht allein um der ehemals habsburgischen Lande willen, sondern um eine gefügige Provinz in Händen zu haben, von der aus ein Druck gegen Deutschland auszuführen ist, den der hündisch-treue tschechoslowakische Nachbar zu verstärken sich erboten hat. Aus dieser Maßregel der ganzen Entente spricht nur französischer Geist. Ebenso kann Polens Imperialismus mit seinem ausgesprochenen Großmachtsdünkel diesen französischen „Revanche“-geist nicht verleugnen. Mag auch manche politische Richtung im neuen Polenstaat dem französischen Einfluß mißbilligend gegenüberstehen und sich seiner erwehren, Tatsache bleibt, daß Frankreich alles daran setzen wird, sich in dem neuen Weichselstaat einen Helfer zu erhalten, der an Stelle des zertrümmerten Rußland den Ostdruck auf das deutsche Reich übernimmt. Die gleiche chauvinistische Färbung der Außenpolitik beider Staaten Deutschland gegenüber sind das Bindemittel gegenseitigen Verständnisses und gemeinsamen Handels bei der politischen Knebelung Deutschlands.

Diese von Frankreich mit aller Kraft verfolgte militärische und politische Einkreisung des zu Boden geschlagenen Feindes enthüllt die weltpolitische Schwäche der Republik. Frankreichs Entwicklung hat längst ihren Höhepunkt überschritten und bewegt sich auf absteigender Linie; seine weltpolitische Sendung erfüllte es im achtzehnten und der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts,

in denen es aber auch seine weltpolitische Kraft erschöpfte. Die Verengung seines politischen Blickes auf Europa ist im Grunde genommen zwar die Fortführung der Politik des siebzehnten Jahrhunderts in gerader Richtung, aber die Schärfe und Rücksichtslosigkeit im Auswirken seines Nachgelüftes erscheint immer mehr als ein unbewußtes Eingeständnis seiner weltpolitischen Schwäche: als ein Angstprodukt aus dem Gefühle heraus, daß der furor teutonicus sich doch einmal wieder regen und dann der gallischen Eitelsucht ein für allemal ein Ende bereiten könne. Man scheint auch jenseits der Vogesen zu fühlen, daß Frankreich trotz seiner maßlosen Kolonialpläne als eine in Zukunft wirkende weltpolitische Macht ausgeschieden ist, die ihre Kraft zwar jetzt noch einmal bis zum äußersten anspannt, deren völlige Erschlaffung aber notwendigerweise eintreten muß, wenn man nach dem ungeheuren Menschenverbrauch auch noch den starken natürlichen Bevölkerungsrückgang in Betracht zieht.

Um so höher erhebt der junge usamerikanische Imperialismus sein Haupt, so daß selbst England vor ihm erzittert. Er ist der jüngste und zuletzt in Erscheinung getreten. Denn erst 1898 erhielt er seinen Ausdruck durch die Besetzung der Hawaifelsen und Samoas sowie durch die im Anschluß an den spanisch-amerikanischen Krieg erfolgte Erwerbung der Philippinen, der Marianeninsel Guam und der Antilleninseln Puerto-Riko und Kuba. Seit die Union mit diesem Hinausschreiten über den Boden des amerikanischen Festlandes bewußt in die Bahn der großen Weltpolitik einlenkte, scheint ihr Landhunger in ständigem Wachsen begriffen zu sein. Vor allem im letzten Jahrzehnt macht sich immer stärker das Bestreben geltend, in völlig willkürlicher Auslegung der Monroe doktrin dem usamerikanischen Imperialismus durch Landerwerb auch die äußeren Machstützen zu verleihen. Aber nicht mehr Blut und Eisen dienen heute diesem Zweck, sondern an die Stelle des Schwertes tritt die Macht des Dollars, die während des Krieges und noch viel mehr jetzt ins Ungemessene gewachsen ist. Schätzt man doch heute den Goldbestand einer einzigen Großbank (Morgan) höher als den der deutschen Reichsbank. Die Monroe doktrin diente bekanntlich während des Krieges zunächst der weiteren Befriedigung der Herrschaftsgelüste in amerikanischen Gewässern mit dem nächsten Zwecke, strategische Vorposten zu gewinnen und gemäß ihrer Dehnbarkeit fremde Einflüsse vor den Toren der Union fernzuhalten. Dänisch-Westindien wurde gekauft, Verhandlungen wurden angeblich über Niederländisch-Guyana angeknüpft, ja selbst Kamtschatka und Grönland sollten durch die Kraft des Dollars gewonnen werden. Wie weit bei einer früheren oder späteren Verwirklichung einzelner Kaufpläne weltpolitische Reibungsflächen besonders gegen England und Japan geschaffen werden, habe ich bereits früher in diesen Blättern angedeutet. Die Meldungen der letzten Monate bezeugen eher eine Verschärfung dieser Gegensätze als eine Milde rung.

Die jüngste Entwicklung dieses usamerikanischen Dollarimperialismus weist nun nach der alten Welt herüber. Afrika und Europa sind beide als Opfer außersehen. Die Besetzung der Azoren, von deren Verzicht man noch nichts gehört hat, waren der erste Schritt; auf afrikanischen Boden, nach Marokko und dem Kongobecken, erfolgte der nächste. Treten auch die großen amerikanischen Landankäufe und die Erteilung umfangreicher Bergbaukonzessionen, von denen man spricht, noch nicht in Erscheinung, so kann doch kaum zweifelhaft sein, daß nach Eintritt ruhigerer politischer Verhältnisse der Einfluß des amerikanischen Kapitals in jenen erst im Anfang ihrer Entwicklung stehenden Ländern so groß sein wird, daß weder das französische noch das britische noch das belgische mit ihm in Wettbewerb treten kann. — In Europa selbst ist Frankreich noch

immer ein amerikanisches Heerlager. Die ungeheuren Werte, die an Eisenbahnen, Barackenbauten, Holzlagern und sonstigem Material auf französischem Boden sich befinden, kann das geldlich geschwächte Frankreich niemals aufwiegen; es wird an die Union ebenso verschuldet bleiben wie sein britischer Verbündeter. Schon erwägt man in England ernstlich den Verkauf der westindischen Besitzungen an die Union, um sich von der höchst unangenehmen finanziellen Fessel, die der usamerikanische kapitalistische Imperialismus dem Inselreich auferlegt hat, zu lösen. Die Angst, allzusehr in die Abhängigkeit des Dollars zu geraten, wird diesen Plan mindestens ebenso stark begünstigt haben wie die politische Erwägung, mit dem Verzicht der westindischen Besitzungen eine politische Reibungsfläche aus dem Wege zu räumen, die dem Bestand des britischen Reiches dereinst gefährlich werden könnte. Denn der Einsicht verschließt sich heute kaum noch ein politisch ernst Denken in England, daß in einem Waffengang zwischen dem britischen und usamerikanischen Imperialismus England die Waffen strecken wird. Die allmähliche Loslösung des britischen Imperialismus von der Westhalbkugel der Erde einerseits und die Verstärkung der politischen Machtstellung auf der Osthalbkugel — siehe oben! — andererseits, ist die auch durch diese Tatsache wieder scharf hervortretende Hauptrichtung der britischen Weltpolitik. Als unumschränkter Sieger aber herrscht der Dollar der Vereinigten Staaten, dem damit die Westfeste der Erde mehr und mehr in ihrer Gesamtheit ausgeliefert wird!

Westwärts hat er seinen Weg nach China gefunden. Aber rätselvoll und dunkel sind zurzeit die Wege, die er in Ostasien einschlägt. Die sibirische Frage ist so ungelöst wie die Schantungfrage, die der Philippinen so unklar wie die australische. Und es ist nicht anzunehmen, daß sie bald ihrer Lösung entgegengehen. An dem mit unglaublicher Zielsicherheit, aber auch sehr vorsichtig und klug vorgehenden japanischen Imperialismus wird vorerst die Klärung dieser Fragen scheitern. In Abenteuer wird sich die Union zweifellos hier nicht einlassen, wenn sie sich nicht mit Sicherheit einen vollen Erfolg verspricht. Das scheint deutlich genug ihr Verhalten Deutschland gegenüber im vergangenen Weltkrieg zu beweisen.

Alles in allem scheint die gegenwärtige imperialistische Weltpolitik eine Drittelung des Erdballs zu erstreben, d. h. sich in drei Brennpunkten zu konzentrieren: In Europa-Asien, in Ostasien, in Amerika. Ihre Träger sind England im Bereich der alten europäisch-indischen Kulturwelt, Japan in dem der ostasiatisch-pazifischen, die Union im Gebiet der Westfeste und der atlantischen Welt. Frankreich scheidet, weil es ihm an jeglichem Kraftüberschuß mangelt, gänzlich aus. Die Kraftquelle der britischen Macht ist die überaus hohe, in jahrhundertlanger Übung erreichte politische Schulung des Gesamtvolkes, gebunden an einen klaren, allen sentimentalen Regungen unzugänglichen Verstand, die des usamerikanischen Imperialismus der Unbezwingen, der Dollar, die des japanischen die völkische, unverbrauchte Naturkraft, die wie ein gewaltiger Strom aus dem Schlummer hervorbrach und nun erstaunlich schnell, sicher und erfolgreich den Gegenkräften sich in den Weg wirft.

